„Ein neuer Sheriff ist in der Stadt“ – mit dieser unverhohlenen Ansage an die international vernetzte Elite hat Donald Trump in Davos das Ende der alten Weltordnung eingeläutet und die transatlantischen Beziehungen in eine tiefe Krise gestürzt. Der renommierte ungarische Auslandsjournalist und Analytiker **Gábor Stier** seziert in seinem Beitrag die radikale Umgestaltung der globalen Architektur, bei der Washington die Diplomatie durch eiskalte Geschäftslogik ersetzt und sogar treue Verbündete in die offene Rebellion treibt. Aus dem Ungarischen übersetzt von **Éva Péli**.

Vor Davos erwarteten viele eine historische Rede des US-Präsidenten Donald Trump. Stattdessen stahl der kanadische Regierungschef Mark Carney mit einer gut aufgebauten Rede die Show, in der er den westlichen Mainstream gnadenlos mit den Realitäten konfrontierte. Dem ursprünglichen Drehbuch zufolge hätte die Ukraine erneut im Mittelpunkt stehen sollen, doch Grönland rückte in der Prioritätenliste nach vorne. Schon allein deshalb, weil der Staatschef der USA auf symbolische Weise unter anderem über diese Frage – und nicht zuletzt durch die Gründung des Friedensrates – in Davos den Auftakt der von ihm vorgestellten neuen Weltordnung verkündete. Freilich werden hierzu nicht nur der derzeit am lautesten protestierende transatlantische Mainstream, sondern auch andere noch ein Wörtchen mitzureden haben.

Auf heimischem Terrain konfrontierte Donald Trump das Establishment der Globalisierung damit, dass eine Ära endgültig abgeschlossen ist. Wie der Handelsminister Washingtons bereits vor der Rede des Präsidenten andeutete, sei die große US-Delegation nicht nach Davos gekommen, um sich anzupassen, um Erlaubnis zu fragen oder den Status quo aufrechtzuerhalten. Wie Howard Lutnick – frei nach James David Vance – formulierte, sei man gekommen, um klarzustellen, dass der Kapitalismus einen neuen Sheriff in der Stadt hat. Und wie schon der Vizepräsident ein Jahr zuvor in München, gab nun in Davos der US-Präsident persönlich den tonangebenden Kreisen in seinem eigenen Stil zu verstehen, dass eine Epoche zu Ende gegangen ist.

Abschied vom Multilateralismus: Die Flucht in die Autonomie

Während der westliche reformorientierte Mainstream im Februar 2025 noch schockiert über die Münchner Rede von J. D. Vance war, hatte sich diese Elite auf Präsident Trump bereits vorbereitet. Man wusste genau, was zu erwarten war, und lud ihn bewusst nach Davos ein. Kaum jemand dürfte geglaubt haben, ihn für sich gewinnen zu können; man wollte jedoch den Handlungsspielraum eines Mannes austesten, der das Jahr 2026 erneut mit dem „Eintreten der Tür“ begann und vielleicht allzu selbstbewusst geworden ist.

Es wäre sogar kein abwegiger Gedanke, dass diese über oder hinter den Staaten stehende

Elite den in sein eigenes Genie verliebten Repräsentanten Washingtons sogar benutzt. Zum Beispiel dazu, das nach dem Zweiten Weltkrieg zur Stärkung der westlichen Hegemonie aufgebaute Institutionensystem zu zertrümmern, damit diese Elite – angepasst an die neuen Realitäten – weiterhin ihren globalen Einfluss wahren kann. In diesem Spiel wird Trump vorangeschoben und gelenkt, während er daran arbeitet, diesen Einfluss (auch) zu stärken, damit die USA der stärkste Pol der sich formenden multizentrischen Weltordnung werden.

Vergessen wir nicht: Während die Welt auf die (geo-)politischen Äußerungen achtete, rückte der neue Co-Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums (WEF), der BlackRock-Gründer und -CEO Larry Fink – in diesem Punkt keineswegs im Gegensatz zu Donald Trump stehend –, die Künstliche Intelligenz und die Entwicklung der Finanzweltordnung, einschließlich der Rolle des Dollars, ins Zentrum der Konferenz. Als Gastgeber gab er natürlich geschickt dem Entfalten des Großmachtwettbewerbs und den Debatten über geopolitische Prozesse Raum. Deren den US-amerikanischen Dominanzanspruch verstärkender Ausklang dürfte nicht nur Europa nachdenklich stimmen, sondern auch die Akteure der nicht-westlichen Welt von Peking über Neu-Delhi bis Moskau.

Carneys Weckruf: Die Allianz der Mittelmächte gegen das Imperium

In diesem Kontext ist vielleicht auch die gut aufgebaute, intellektuell herausragende Rede des kanadischen Premierministers verständlicher, die den westlichen Mainstream gnadenlos mit den Realitäten konfrontierte und besonders in den liberal-progressiven Medien großen Widerhall fand. Mark Carney hielt dem von Washington repräsentierten US-imperialen Denken den Spiegel vor, ohne dessen Namen auch nur zu nennen. Zudem unterstrich er mit seinem bemerkenswerten Auftritt die Unbeholfenheit des US-Präsidenten und gewann mit seiner freiheitskämpferischen, anti-imperialen Rhetorik sogar die Sympathie patriotisch gesinnter Kreise.

Doch vergessen wir nicht: Mark Carney ist ein typischer Vertreter der liberalen kosmopolitischen Elite, der nun gar nicht anders kann, als sich gegen eine USA zu wenden, die bei der Durchsetzung ihrer Interessen die eigenen Verbündeten demütigt und mehr denn je in eine Vasallenrolle zwingt. Zudem hat er als Premierminister Kanadas – was von Trump nur als Gouverneur des 51. Bundesstaates der USA tituliert wird – ohnehin keine andere Wahl. Diese Aufgabe hat er jedoch – das muss man anerkennen – hervorragend gelöst.

Der Kern von Carneys Botschaft ist, dass die von den USA geführte, auf gemeinsam akzeptierten Regeln basierende Weltordnung am Ende ist. Die Welt befinde sich nicht mehr im Übergang, sondern im Bruch, und dieser Riss erfordere mehr als bloße Anpassung.

Einerseits Ehrlichkeit, die Welt so zu sehen, wie sie vor uns liegt, andererseits Zusammenhalt anstelle von zielloser Nostalgie. Wenn die (westlichen) Mittelmächte zusammenhalten und gemeinsam Nein zum US-Präsidenten sagen – so formulierte er –, dann stünden sie nicht auf der Speisekarte, sondern säßen mit am Tisch. Unter Berufung auf Václav Havel warnte er, dass Tyrannei dadurch funktioniere, dass der „kleine Mann" – in diesem Fall die kleineren Länder – mit ihr kooperiere, selbst wenn er nicht einverstanden sei. Wenn diese Zusammenarbeit ende, sei es vorbei mit der Tyrannei. Carney schlug vor, dass Europa und Kanada ein enges Bündnis schließen, sich militärisch und wirtschaftlich unabhängig machen und die Mittelmächte gegenüber den Größten Stärke zeigen sollten.

Laut dem kanadischen Regierungschef seien der Multilateralismus und die „Konstrukte der kollektiven Problemlösung" wie die UNO „geschwächt" und die Länder müssten akzeptieren, dass sie häufiger als in der jüngeren Vergangenheit allein handeln müssen. Es müsse eine größere strategische Autonomie in den Bereichen Energie, Lebensmittel, kritische Mineralien, Finanzen und Lieferketten geschaffen werden. „Ein Land, das sich nicht selbst mit Nahrung und Treibstoff versorgen oder sich nicht verteidigen kann, hat nur wenige Optionen. Wenn die Regeln dich nicht mehr schützen, musst du dich selbst schützen", sagte Carney. In diesem Geist baut Kanada Radarsysteme, die Bedrohungen hinter dem Horizont identifizieren können, und diversifiziert seine Beziehungen. Deshalb besuchte Carney kürzlich China sowie Katar, woraufhin Washington Kanada mit 100-prozentigen Strafzöllen drohte und die Einladung zum Friedensrat zurückzog. Doch das Weiße Haus versucht mit aller Macht, auch eine engere Beziehung zwischen Kanada und Europa zu verhindern.

Erwachen in Davos: Europa vor den Trümmern der Transatlantik-Ära

Wenn auch nicht mit dieser Deutlichkeit, so skizzierten doch auch andere die Umgestaltung der Welt und die tiefe Krise der transatlantischen Beziehungen. Laut dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron kann man auf Stärke nur mit Stärke antworten, und die Europäische Union könne sich keine weitere Demütigung leisten. Seine Worte lösten jedoch kaum Resonanz aus, da er bereits seit Jahren die Notwendigkeit der Schaffung einer europäischen strategischen Autonomie beschwört, in der Praxis jedoch nichts für deren Umsetzung getan hat.

Aufhorchen ließen hingegen viele die Ausführungen von Bart De Wever. Der belgische Premierminister erklärte, Washington könne nicht mehr als Verbündeter betrachtet werden, womit die 80 Jahre der atlantischen Ära endgültig vorbei seien. Was die Grönland-Offensive von Donald Trump betrifft, bemerkte er nur düster, dass es eine Sache sei, ein glücklicher Vasall zu sein, und eine ganz andere, ein elender Sklave. Bemerkenswert ist, dass mehrere

Redner – etwa Jordan Bardella, Fraktionschef der „Patrioten für Europa“ im EU-Parlament – selbst aus der europäischen patriotischen Parteienfamilie ein härteres Vorgehen gegen Washington forderten.

Europa erwacht also bereits, sieht die Lage immer klarer und kann gleichzeitig immer weniger auf deren Änderung hoffen. So muss es sich wohl oder übel neuen Herausforderungen stellen, die größer sind als der Ukraine-Konflikt und die vermeintliche russische Gefahr. Verzweifelt stellt es jedoch fest, dass es gegenüber Trump keine Kraft besitzt. Man geht zwar so weit, zur Schaffung geopolitischer und wirtschaftlicher Gegengewichte engere Beziehungen zu China ins Spiel zu bringen, kann sich jedoch bezeichnenderweise noch nicht aus der Gefangenschaft des Ukraine-Konflikts befreien. So kommt eine Normalisierung des Verhältnisses zu Russland nur vorsichtig oder gar nicht zur Sprache.

Der Friedensrat: „Trumpismus“ als globale Institution

Carney hat mit seiner geschliffenen Rede zwar die Show gestohlen, doch der sprunghafte und etwas wirre Auftritt von Trump – der entgegen den Erwartungen keinesfalls als historisch bezeichnet werden kann – bestimmte dennoch die Tage in Davos. Die Rede des US-Präsidenten war, wenn auch nicht in Bezug auf seine Selbstdarstellung, jedenfalls doch zurückhaltender als erwartet. Dennoch bestätigte er, dass diese in allen Fugen krachende Weltordnung am Ende ist. Er setzte die Demütigung des auf falschem Weg befindlichen Europas fort, kritisierte den liberalen und unfruchtbaren Führungsstil Brüsseler Prägung und interpretierte – wenn auch vorsichtiger als in seinen Social-Media-Posts – das transatlantische Verhältnis neu. Damit beruhigte er auch jene nicht, die eine Zerschlagung der NATO befürchten. Ebenso stellte er klar, dass Washington so oder so, unter Verzicht auf militärische Gewalt, aber auch in Bezug auf Grönland seine Interessen durchsetzen wird.

Er erklärte unmissverständlich und drohend: „Wir bitten um ein Stück Eis im Austausch für den Schutz der Welt, und man gibt es uns nicht. Sie haben die Wahl. Sie können Ja sagen, und wir werden sehr dankbar sein, oder sie können Nein sagen, woran wir uns erinnern werden.“

Die Rede des US-Staatschefs war für die Europäer gleichzeitig beruhigend und Anlass zu weiteren Sorgen. Die Erleichterung über die Rücknahme des Versprechens einer bewaffneten Intervention wurde eindeutig durch das nun ständig und in allen Segmenten spürbare gegenseitige Misstrauen überschattet.

Um die Initiative bei der Umgestaltung der Weltordnung zur Wahrung und Stärkung der

US-Positionen zu demonstrieren, gründete Trump in Davos offiziell den Friedensrat, der implizit über die Bewahrung des Friedens in Gaza und den Wiederaufbau der Region hinausgeht. Der Präsident aus Washington denkt letztlich an die Ablösung der UNO – allerdings so, dass er den Multilateralismus im klassischen Sinne abschaffen und die Diplomatie nach seinem eigenen Bild, nach den Regeln der Unternehmensführung, umschreiben würde. In seinem Friedensrat wird der Einfluss durch die Aktionärslogik bestimmt; sein erklärtes Ziel ist die schnelle, geschäftsmäßige Beilegung globaler Konflikte.

Man könnte auch sagen, dass der Friedensrat eigentlich die Institutionalisierung des Trumpismus als politische Weltanschauung im internationalen Raum ist, deren Ziel es ist, die multilaterale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zu ersetzen oder, um es in der Wirtschaftsterminologie zu sagen, aufzukaufen. Der US-Präsident behandelt die globale Sicherheit nicht mehr als völkerrechtliche, sondern als Management-Frage.

Die als Auftakt der neuen Weltordnung angekündigte Gründung des Friedensrates, das demonstrative Aufstellen eines neuen Machtzentrums, weist über sich selbst hinaus. Einerseits ist die Wahl des Ortes ein Hohn gegenüber der Davoser Elite, andererseits ist der Versuch, die Rahmenbedingungen einer neuen Welt festzulegen, eine Botschaft an den „globalen Süden“. Abgesehen davon, dass die Weltinstitutionen die veränderten Machtverhältnisse nicht mehr widerspiegeln, könnte der von Washington initiierte Friedensrat zwar eine Antwort auf die Ineffizienz geben, spiegelt aber die realen Kräfteverhältnisse weiterhin nicht angemessen wider. Stattdessen würde er das Funktionieren der Welt den geopolitischen Interessen der USA unterordnen. Ganz zu schweigen davon, dass er Trump direkt unterstellt ist, was schon mittelfristig kein reibungsloses Funktionieren garantiert.

Fazit: Rohe Gewalt statt Recht

Was wir in Davos gesehen haben, ist die Essenz der Gestaltung einer auf roher Gewalt basierenden, sich entlang von Interessensphären formenden Weltordnung nach den Vorstellungen von Donald Trump. Diese Logik widerspricht der Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, die im Prinzip auf dem Primat von Souveränität, Selbstbestimmung und multilateralen Sicherheitsgarantien aufbaute. Wie man am Beispiel Grönlands sieht, ist im Sinne der „America First“-Außenpolitik von partnerschaftlicher Zusammenarbeit keine Rede mehr; diese wird durch die strategische Notwendigkeit überschrieben.

Der US-Präsident weist darauf hin, dass die internationale Politik in Wahrheit schon immer durch den Willen der größeren und stärkeren Staaten geformt wurde. In dieser Logik werden die Souveränität durch Interessen überschrieben und Regeln oder das

internationale Recht sowie auf Abstimmung basierende multilaterale Organisationen als Hindernis oder zumindest als Problem, als unannehmbare Bindung, nicht als Ressource, sondern als Risiko wahrgenommen.

Nicht nur die Mittelmächte und kleineren Länder sind gezwungen, eine Seite zu wählen. Tatsächlich muss auch Washington entscheiden, mit wem man sich verbündet, denn allein wird man keine Ergebnisse erzielen können. Es liegt nahe, dass dies die Großmächte sind – allen voran Russland, China, Indien –, während er im westlichen Block jene Länder zur Stärkung seiner Positionen nutzt, die ihm im Denken nahestehen. In der nicht-westlichen Welt hingegen nutzt Trump fallweise und regional verschiedene kleine und mittlere Mächte, um lokale Machtzentren auszugleichen und die Transportwege zu kontrollieren. Dabei darf er sich natürlich nicht wundern, wenn seine Konkurrenten ihm gegenüber ebenso verfahren – sogar seine Verbündeten, wie Kanadas Öffnung gegenüber China zeigt. In diesen Spielen muss zur Aufrechterhaltung der Stabilität noch stärker als bisher auf jene berüchtigten „roten Linien“ und das Respektieren von Einflusszonen geachtet werden; so sehr, dass in der fragilen Welt einer multipolaren Ordnung, die auf Gleichgewichten basiert, sogar die Washingtoner Grobheit nach hinten losgehen kann.

Dieser Artikel von Gábor Stier erschien ursprünglich in der ungarischen Wochenzeitschrift Demokrata sowie auf dem ungarischen Portal Moszkvatér.

Titelbild: farzand01 / Shutterstock